



CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIERRAT
Saarland - Grand Est - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Kommission 5 „Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur“
Dr. Katrin Rehak-Nitsche
Vorsitzende

Endgültige Fassung

Empfehlung

Universität der Großregion

verabschiedet auf der 67. Plenarsitzung des IPR am 10.06.2022 in Metz

Der Interregionale Parlamentarierrat (IPR), zusammengetreten in seiner Plenarsitzung am 10. Juni 2022 in Metz, und auf Vorschlag der Kommission „Schulwesen, Ausbildung, Forschung und Kultur“,

stellt fest, dass sich unter dem Dach der *Universität der Großregion* (UniGR) im Jahr 2008 sechs Universitäten (Technische Universität Kaiserslautern, Universität Lüttich, Universität Lorraine, Universität Luxemburg, Universität des Saarlandes, Universität Trier) zu einem einzigartigen Universitätsverbund zusammengeschlossen haben, dem seit 2020 außerdem eine Hochschule für angewandte Wissenschaften (Hochschule für Technik und Wirtschaft HTW Saar) als assoziierter Partner angehört. Dem europäischen Gedanken verpflichtet, eröffnet die Universität der Großregion grenzüberschreitende Studien- und Forschungsmöglichkeiten in drei Sprachen und wird dadurch dem besonderen Bedarf an einer Beschäftigung mit Europa in den Grenzregionen gerecht.

Seit ihrer Gründung entwickelten die Mitglieder des Universitätsverbunds ihr Angebot kontinuierlich weiter und sind bestrebt, es ausgehend von dem vorrangig deutsch-französischen Fundament zunehmend europaweit auszurichten.

Ein wichtiger Aspekt der Weiterentwicklung liegt auf der Weiterführung und Finanzierung des *Centers for Border Studies* (CBS), einem grenzüberschreitenden thematischen Netzwerk, das sich mit den zentralen Fragen von Grenzen, Grenzregionen und ihren Bedeutungen befasst. Die Interreg-Förderung, die dem Ausbau des CBS zu einem Europäischen Kompetenz- und Wissenschaftszentrum für Grenzraumforschung dient, läuft im Jahr 2022 aus. Die Sicherstellung der zukünftigen Finanzierung des Netzwerks ist daher ein wichtiges Anliegen für die UniGR.

Darüber hinaus liegt der Fokus der Aktivitäten der UniGR derzeit auf dem neuen Forschungsbereich *Digital History – historisches und kulturelles Erbe*. Hier besteht zukünftig das Potenzial, Anknüpfungspunkte zum Thema Gedenkarbeit zu finden, das für Kommission 5 und den IPR insgesamt ein zentrales und aktuelles Thema darstellt.

Vor dem Hintergrund der strukturellen Veränderungen und der Weiterentwicklung der Universität der Großregion erachtet der IPR folgende Punkte als besonders relevant:

- a) Die UniGR soll zukünftig eine Rechtsform als *Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit* (EVTZ) erhalten, da diese der Universität eine verbesserte Sichtbarkeit auf europäischer Ebene verleiht und neue Entwicklungsmöglichkeiten, wie beispielsweise den vereinfachten Austausch mit neu entstehenden Universitätsnetzwerken eröffnet. Dies wird vom IPR ausdrücklich unterstützt. Zudem bemüht sich die UniGR um eine Anerkennung als *Europäische Hochschule*. Dies wird vom IPR begrüßt und ebenfalls ausdrücklich unterstützt.
- b) Die UniGR ging ursprünglich aus einer Interreg-Förderung hervor und wird derzeit aus Mitgliedsbeiträgen der Partnerhochschulen finanziert. Die langfristige Finanzierung der UniGR an sich sowie auch der im Aufbau befindlichen Forschungsbereiche ist derzeit noch nicht sichergestellt. Eine Bewerbung mit thematisch spezifischen Projekten auf das neue Interreg-Programm 2021-2027 wird durch die UniGR angestrebt ebenso wie andere Finanzierungsmöglichkeiten. Bisher ist die UniGR allerdings nicht institutionell in den Haushalten der Teilregionen verankert. Der IPR regt daher an, die Frage in die Diskussion der Regionalparlamente der Teilregionen einzuspeisen und die Finanzierung durch Verankerung eines festen Titels in den Haushalten der Teilregionen zu prüfen.
- c) Ein weiterer Schwerpunkt der derzeitigen Aktivitäten der UniGR liegt auf dem Aufbau des *Centers for Circular Economy of Materials and Metals* (CIRKLA). Ziel ist es, ein vollständiges Projektportfolio im Bereich Bildung, Forschung und Innovation unter dem Thema Kreislaufwirtschaft zu entwickeln. Im Zuge der Weiterentwicklung der UniGR sollten grundsätzlich die Möglichkeiten geprüft werden, wie weitere Partner gewonnen werden können und wie insbesondere das Modell der assoziierten Partnerschaften weiterentwickelt werden kann. In der Großregion gibt es weitere renommierte und engagierte Forschungsbereiche zu angewandtem Stoffstrommanagement, die inhaltlich im Themengebiet von CIRKLA arbeiten und eine große Bereicherung für CIRKLA sein könnten. Der IPR regt daher an, eine Vernetzung und Zusammenarbeit der UniGR insbesondere mit interessierten HAWs oder vergleichbaren Einrichtungen in den betreffenden Fachgebieten zu prüfen.
- d) Der frühzeitige Erwerb der Sprache des Nachbarlandes ist zentrale Voraussetzung für junge Menschen, um die vorhandenen grenzüberschreitenden Studien- und Berufsmöglichkeiten nutzen zu können. Eine möglichst frühzeitige Förderung der Sprachkenntnisse stellt hierfür eine entscheidende Weiche und sollte in den Grenzregionen weiter ausgebaut werden. Auch die Kommunikation mit den Schulen ist hierfür ein wichtiger Ansatzpunkt. Hier besteht seitens der UniGR sowie der Bildungsministerien in den Teilregionen Potenzial, die Information und Kommunikation weiter auszubauen und dadurch den Schülerinnen und Schülern nicht nur das Angebot des grenzüberschreitenden Universitätsverbundes, sondern auch die Bedeutung des Spracherwerbs noch bewusster zu machen.

Der Interregionale Parlamentarierrat richtet diese Empfehlung an:

- den Regionalrat der Region Grand Est,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Bruxelles,
- die Regierung der Wallonie,
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes

und darüber hinaus auch an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Königreichs Belgien,
- die Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
- die Europäische Kommission,
- das Europäische Parlament,
- den Europäischen Ausschuss der Regionen.